

17.11.2021

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 17.11.2021
Ltg.-**1842/V-9/12-2021**
-Ausschuss

RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Kasser und Dorner

zur Gruppe 1 der Voranschläge des Landes Niederösterreich für die Jahre 2022 und 2023, Ltg.-1842/V-9-2021

betreffend Ersatz für die Umsatzsteuer bei verpflichtenden Beschaffungen im Feuerwehrewesen

Die Starkregenereignisse sowie die zahlreichen Waldbrände in den letzten Monaten sind deutliche Anzeichen des voranschreitenden Klimawandels. Der erst kürzlich erfolgreich bekämpfte Großbrand im Waldgebiet in Hirschwang in der Marktgemeinde Reichenau a.d. Rax hat die enorme Wichtigkeit der Feuerwehr wieder in Erinnerung gerufen. Nur durch eine außergewöhnliche Kraftanstrengung ist es nach 13 Einsatztagen gelungen „Brand aus“ zu geben. Durch die vor Ort herrschende extreme Hitzeentwicklung des Feuers ist es zu Felsabsprengungen gekommen, damit bestand für die Einsatzkräfte teilweise eine beträchtliche Lebensgefahr. Um solchen Gefahren erfolgreich entgegenzutreten ist neben permanentem Training, Können und Mut auch die Ausrüstung entscheidend, um für zukünftige Herausforderungen optimal gerüstet zu sein.

Aufgrund der hohen Investitionskosten ist es gerade in Zeiten einer Pandemie für die Gemeinden besonders schwierig, die dafür notwendigen Mittel aufzubringen.

Auch die Möglichkeiten der Feuerwehren, durch gesellschaftliche Aktivitäten finanziell beizutragen, sind derzeit stark eingeschränkt.

Eine wesentliche Entlastung der Gemeinden und des Feuerwehrewesens könnte ein finanzieller Ersatz für die anfallende Umsatzsteuer sein.

Der NÖ Landtag hat schon mehrmals, zuletzt im Juni 2019, die Bundesregierung aufgefordert, bei der Beschaffung von gesetzlich vorgeschriebenen Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen, den Anteil der Umsatzsteuer auszugleichen.

Eine solche Lösung sollte jedenfalls bundesweit Gültigkeit haben.

Es bietet sich daher an, die dem Feuerwehrewesen aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung stehenden Mittel, die noch nie wertangepasst wurden, für diesen Zweck zu erhöhen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese erneut aufzufordern, Maßnahmen zu setzen, damit die bei der Anschaffung von Pflichtausrüstung im Feuerwehrewesen anfallende Umsatzsteuer finanziell ersetzt wird.“